

Außenansicht

Während die Fronten im Nahen Osten seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Israel so verhärtet zu sein scheinen wie seit Jahren nicht, kommt von unerwarteter Seite Bewegung in den Konflikt: Die beiden größten palästinensischen Bewegungen, Fatah und Hamas, sind in diesen Tagen dabei, sich grundlegend zu verändern.

Die säkulare Fatah ist im Westjordanland derzeit faktisch Regierungspartei. Doch hat sie seit 1989 keinen Parteitag mehr abgehalten, und Schlagzeilen hat sie in den vergangenen Jahren eher mit Korruptionsvorwürfen gemacht als mit überzeugender inhaltlicher Arbeit. Die Konsequenzen blieben nicht aus: Politisch und personell ist die Fatah nach 20 Jahren ohne innerparteiliche Demokratie noch immer der Zeit verhaftet, in der Michail Gorbatschow über die Sowjetunion und Helmut Kohl über Westdeutschland herrschte. Das Personal wurde seit diesen Tagen weder ausgetauscht noch demokratisch bestätigt, da Parteiwahlen Sache eines Kongresses gewesen wären. Dies erzeugte nicht nur Frustration in der Bevölkerung, sondern auch ganz praktische Probleme: Das Zentralkomitee der Partei zum Beispiel besteht laut Statuten aus 21 Personen. Von diesen sind jedoch nur noch 19 am Leben. Mehrere Mitglieder sind dauerhaft bettlägerig und können nicht einmal mehr an Sitzungen teilnehmen.

Außenansicht

Stillstand in Israel, Wandel in Palästina

Die Fatah hält zum ersten Mal seit 1989 einen Kongress ab, die Hamas spricht nun von einem Staat „in den Grenzen von 1967“

Von Michael Bröning

Ähnlich düster sieht es programmatisch aus. Zwar steuert die Fatah seit vielen Jahren von Ramallah aus die Palästinensische Autonomiebehörde, doch politisch hat sie den Wandel zur Regierungspartei nie vollzogen. Als Partei wurzelt sie vielmehr noch weitgehend in den Zeiten, in denen Aktivisten nicht durch programmatische Weitsicht, sondern durch Steinwürfe auf israelische Soldaten von sich reden machten. Diese Stagnation der Fatah hat katastrophale Auswirkungen auf ihre Überzeugungskraft. Die kritische Masse aus inhaltlicher Blockade und personellem Stillstand führte vor drei Jahren zu einer haushohen Wahlniederlage gegen die Hamas.

All dies jedoch könnte sich in den kommenden Tagen ändern. Nach einem Machtwort des Palästinenserpräsidenten

ten und Fatah-Vorsitzenden Mahmud Abbas wird die Partei am übernächsten Dienstag einen seit Jahren erwarteten „6. Generalkongress“ abhalten. Dieser soll der Bewegung neues Leben einhauchen und sie wieder in einen ernstzunehmenden Konkurrenten für die Hamas verwandeln. Ein solches Projekt geht jedoch nicht ohne Reibungen vonstatten. So ist die Hamas unschlüssig, ob sie Fatah-Delegierten die Ausreise aus dem von ihr kontrollierten Gaza-Streifen gestatten soll. Derzeit bemühen sich Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien, die Hamas zum Einlenken zu bewegen und die Konkurrenz in ihrer Parteiarbeit nicht zu behindern. Der Ausgang ist ungewiss.

Doch auch innerhalb der Fatah gibt es massiven Widerstand – vor allem von Besitzstandswahrern in der Diaspora. Erst

kürzlich verstieg sich der Fatah-Politiker Faruk Qadumi, der sich als Sprecher aller im Exil lebenden Palästinenser versteht, zu einem Frontalangriff. Qadumi repräsentiert einen kompromisslosen Parteiflügel und hat geschworen, keinen Fuß auf israelisch kontrollierten Boden zu setzen. Dass der Kongress nun in Bethlehem (und nicht in Kairo oder Amman) stattfindet, setzt ihn schachmatt – nach Bethlehem kann man nur via Israel reisen. Vor einigen Tagen startete Qadumi ein letztes Störmanöver: Von Amman aus beschuldigte er Abbas der Verschwörung mit Israel. Der Palästinenserpräsident habe vor fünf Jahren seinen Amtsvorgänger Arafat „vergiftet“, um den ihm lästigen Palästinenserführer aus dem Weg zu räumen. Der haltlose Vorwurf macht eine Versöhnung zwischen Exilgruppen und Abbas vorläufig unmöglich. In Bethlehem dürfte sich die Fatah faktisch in zwei Bewegungen spalten: in eine Exilgruppe um Qadumi und eine Abbas nahestehende Teil-Fatah.

Für die Partei und für die Aussichten eines neuen Friedensprozesses wäre dies jedoch nicht unbedingt das Schlechteste. Allgemein wird erwartet, dass der populäre und in Israel inhaftierte Marwan Barghouti in das neue Zentralkomitee gewählt wird. Mit ihm, der über tatsächlichen Rückhalt in Bevölkerung und Partei verfügt, könnte Abbas dann zuverlässiger in die anstehenden Wahlen des kommenden Jahres gehen. Doch

auch kurzfristig benötigt Abbas eine handlungsfähige Fatah, die ihm in künftigen Verhandlungen mit Israel den Rücken stärkt. Die Ausrichtung des Kongresses könnte sich daher schon bald als geschickte Rochade erweisen.

Doch auch die radikal-islamische Hamas steht vor einem Neuanfang. Seit 2006 bilden die Islamisten eine Parallelregierung und verwalten den Gaza-Streifen. Und dort machen sie augenscheinlich einen Wandel durch. Zwar herrscht Hamas in Gaza alles andere als demokratisch, doch hat die Erfahrung dort offenbar den Pragmatismus gefördert: Seit Monaten übt sich Hamas in Mäßigung – rhetorisch und durch Einhalten einer Waffenruhe mit Israel. Und kürzlich verkündete Hamas-Führer Khaled Mashal in Damaskus, dass die Bewegung nunmehr auf einen Palästinenserstaat „in



Michael Bröning, 33, leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, das für die Palästinensischen Gebiete zuständig ist. Foto: M. Dubi

den Grenzen von 1967“ hinarbeite. Dies sind völlig neue Töne. Die Hamas-Charta von 1988 forderte schließlich stets die „Befreiung“ des gesamten „Landes Palästina“ und triff vor antisemitischer Hetze. Dies ist heute weitgehend Vergangenheit – Hamas zählt auf Verhandlungen. So sekundierte Ahmed Youssef, der Hamas-Chef in Gaza, die palästinensischen Flüchtlinge müssten zwar ein „Recht auf Rückkehr“ erhalten – doch über die Umsetzung dieses Rechts könne mit Israel diskutiert werden. Diese Änderung der Position bedeutet für die Hamas zwar keine Anerkennung Israels, dennoch eröffnet sie neue Spielräume. Schließlich hat auch die PLO stets auf einem „Recht“ auf Rückkehr bestanden. Dies könnte einen Prozess einleiten, in dem sich Hamas mittelfristig in einen moderat-konservativen Akteur verwandelt.

Ein solcher Wandel der Hamas wäre dabei mindestens so bedeutend wie eine Wiedergeburt der Fatah. Sie würde Israel nicht nur einen, sondern sogar zwei Verhandlungspartner auf palästinensischer Seite an die Hand geben und die Aussichten auf palästinensische Einheit stark erhöhen. Auch die Chancen für einen neuen Friedensprozess unter US-Führung würden dadurch erheblich steigen. Angesichts der aktuellen Koalition in Tel Aviv stellt sich jedoch die Frage, wer daran in Israel tatsächlich Interesse hätte. Positiven Wandel sucht man dort in diesen Tagen vergebens.

Während die Fronten im Nahen Osten seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Israel so verhärtet zu sein scheinen wie seit Jahren nicht, kommt von unerwarteter Seite Bewegung in den Konflikt: Die beiden größten palästinensischen Bewegungen, Fatah und Hamas, sind in diesen Tagen dabei, sich grundlegend zu verändern.

Die säkulare Fatah ist im Westjordanland derzeit faktisch Regierungspartei. Doch hat sie seit 1989 keinen Parteitag mehr abgehalten, und Schlagzeilen hat sie in den vergangenen Jahren eher mit Korruptionsvorwürfen gemacht als mit überzeugender inhaltlicher Arbeit. Die Konsequenzen blieben nicht aus: Politisch und personell ist die Fatah nach 20 Jahren ohne innerparteiliche Demokratie noch immer der Zeit verhaftet, in der Michail Gorbatschow über die Sowjetunion und Helmut Kohl über Westdeutschland herrschte. Das Personal wurde seit diesen Tagen weder ausgetauscht noch demokratisch bestätigt, da Parteiwahlen Sache eines Kongresses gewesen wären. Dies erzeugte nicht nur Frustration in der Bevölkerung, sondern auch ganz praktische Probleme: Das Zentralkomitee der Partei zum Beispiel besteht laut Statuten aus 21 Personen. Von diesen sind jedoch nur noch 19 am Leben. Mehrere Mitglieder sind dauerhaft bettlägerig und können nicht einmal mehr an Sitzungen teilnehmen.

Außenansicht

Stillstand in Israel, Wandel in Palästina

Die Fatah hält zum ersten Mal seit 1989 einen Kongress ab, die Hamas spricht nun von einem Staat „in den Grenzen von 1967“

Von Michael Bröning

Ähnlich düster sieht es programmatisch aus. Zwar steuert die Fatah seit vielen Jahren von Ramallah aus die Palästinensische Autonomiebehörde, doch politisch hat sie den Wandel zur Regierungspartei nie vollzogen. Als Partei wurzelt sie vielmehr noch weitgehend in den Zeiten, in denen Aktivisten nicht durch programmatische Weitsicht, sondern durch Steinwürfe auf israelische Soldaten von sich reden machten. Diese Stagnation der Fatah hat katastrophale Auswirkungen auf ihre Überzeugungskraft. Die kritische Masse aus inhaltlicher Blockade und personellem Stillstand führte vor drei Jahren zu einer haushohen Wahlniederlage gegen die Hamas.

All dies jedoch könnte sich in den kommenden Tagen ändern. Nach einem Machtwort des Palästinenserpräsidenten

und Fatah-Vorsitzenden Machmud Abbas wird die Partei am übernächsten Dienstag einen seit Jahren erwarteten „6. Generalkongress“ abhalten. Dieser soll der Bewegung neues Leben einhauchen und sie wieder in einen ernstzunehmenden Konkurrenten für die Hamas verwandeln. Ein solches Projekt geht jedoch nicht ohne Reibungen vonstatten. So ist die Hamas unentschieden, ob sie Fatah-Delegierten die Ausreise aus dem von ihr kontrollierten Gaza-Streifen gestatten soll. Derzeit bemühen sich Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien, die Hamas zum Einlenken zu bewegen und die Konkurrenz in ihrer Parteiarbeit nicht zu behindern. Der Ausgang ist ungewiss.

Doch auch innerhalb der Fatah gibt es massiven Widerstand – vor allem von Besitzstandwahrern in der Diaspora. Erst

kürzlich verstieg sich der Fatah-Politiker Faruk Qadumi, der sich als Sprecher aller im Exil lebenden Palästinenser versteht, zu einem Frontalangriff. Qadumi repräsentiert einen kompromisslosen Parteiflügel und hat geschworen, keinen Fuß auf israelisch kontrollierten Boden zu setzen. Dass der Kongress nun in Bethlehem (und nicht in Kairo oder Amman) stattfindet, setzt ihn schachmatt – nach Bethlehem kann man nur via Israel reisen. Vor einigen Tagen startete Qadumi ein letztes Störmanöver: Von Amman aus beschuldigte er Abbas der Verschwörung mit Israel. Der Palästinenserpräsident habe vor fünf Jahren seinen Amtsvorgänger Arafat „vergiftet“, um den ihm lästigen Palästinenserführer aus dem Weg zu räumen. Der haltlose Vorwurf macht eine Versöhnung zwischen Exilgruppen und Abbas vorläufig unmöglich. In Bethlehem dürfte sich die Fatah faktisch in zwei Bewegungen spalten: in eine Exilgruppe um Qadumi und eine Abbas nahestehende Teil-Fatah.

Für die Partei und für die Aussichten eines neuen Friedensprozesses wäre dies jedoch nicht unbedingt das Schlechteste. Allgemein wird erwartet, dass der populäre und in Israel inhaftierte Marwan Barghouti in das neue Zentralkomitee gewählt wird. Mit ihm, der über tatsächlichen Rückhalt in Bevölkerung und Partei verfügt, könnte Abbas dann zuversichtlicher in die anstehenden Wahlen des kommenden Jahres gehen. Doch

auch kurzfristig benötigt Abbas eine handlungsfähige Fatah, die ihm in künftigen Verhandlungen mit Israel den Rücken stärkt. Die Ausrichtung des Kongresses könnte sich daher schon bald als geschickte Rochade erweisen.

Doch auch die radikal-islamische Hamas steht vor einem Neuanfang. Seit 2006 bilden die Islamisten eine Parallelregierung und verwalten den Gaza-Streifen. Und dort machen sie augenscheinlich einen Wandel durch. Zwar herrscht Hamas in Gaza alles andere als demokratisch, doch hat die Erfahrung dort offenbar den Pragmatismus gefördert: Seit Monaten übt sich Hamas in Mäßigung – rhetorisch und durch Einhalten einer Waffenruhe mit Israel. Und kürzlich verkündete Hamas-Führer Khaled Mashal in Damaskus, dass die Bewegung nunmehr auf einen Palästinenserstaat „in

den Grenzen von 1967“ hinarbeite. Dies sind völlig neue Töne. Die Hamas-Charta von 1988 forderte schließlich stets die „Befreiung“ des gesamten „Landes Palästina“ und troff vor antisemitischer Hetze. Dies ist heute weitgehend Vergangenheit – Hamas zählt auf Verhandlungen. So sekundierte Ahmed Youssef, der Hamas-Chef in Gaza, die palästinensischen Flüchtlinge müssten zwar ein „Recht auf Rückkehr“ erhalten – doch über die Umsetzung dieses Rechts könne mit Israel diskutiert werden. Diese Änderung der Position bedeutet für die Hamas zwar keine Anerkennung Israels, dennoch eröffnet sie neue Spielräume. Schließlich hat auch die PLO stets auf einem „Recht“ auf Rückkehr bestanden. Dies könnte einen Prozess einleiten, in dem sich Hamas mittelfristig in einen moderat-konservativen Akteur verwandelt.

Ein solcher Wandel der Hamas wäre dabei mindestens so bedeutend wie eine Wiedergeburt der Fatah. Sie würde Israel nicht nur einen, sondern sogar zwei Verhandlungspartner auf palästinensischer Seite an die Hand geben und die Aussichten auf palästinensische Einheit stark erhöhen. Auch die Chancen für einen neuen Friedensprozess unter US-Führung würden dadurch erheblich steigen. Angesichts der aktuellen Koalition in Tel Aviv stellt sich jedoch die Frage, wer daran in Israel tatsächlich Interesse hätte. Positiven Wandel sucht man dort in diesen Tagen vergebens.



Michael Bröning, 33, leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ost-Jerusalem, das für die Palästinensischen Gebiete zuständig ist. Foto: M. Dubi